

PROTOKOLL

über die 26. Sitzung des **Beirates Huchting**,
am Montag, 11.10.2021, in der Aula der Roland zu Bremen Oberschule (Präsenzsitzung –
Stream via Facebook)

vom Ortsamt:	Herr Eggers, Herr Schlesselmann, Herr Timmermann
vom Beirat:	Herr Bries, Herr Böse, Herr Hamen, Frau Horn, Herr Horn, Frau Jahnke, Frau Kretschmann, Frau Mollenhauer-Thein, Herr Monsig, Frau Radke, Herr Rietz, Frau Schubert, Frau Seifert, Herr Siepkner, Frau Wendt, Frau Otto-Kleen
entschuldigt:	Frau Böcker
Gäste	TOP 2 Frau Bernhard (Senatorin für), Frau Dr. Dreizehnter (Gesundheit Nord), Herr Böhle, Herr Rüßmann (Krankenhausdirektion Klinikums Links der Weser), Herr Fabian (Betriebsrat) TOP 3 Frau Gerber, Frau Schulenburg (SKUMS), Herr Scherch (Amt für Straßen und Verkehr), Herr Holling, Meyer, Herr (BSAG), Herr Schwebke, Herr Meyer, Herr van der Velde (CTB), Herr Krusch (Wesernetz)

Die Sitzung wird um 19:00 Uhr mit der Begrüßung der Mitglieder des Beirates Huchting, der Gäste, der Bürger*innen und der Presse via Live-Stream via Facebook eröffnet. Aufgrund der aktuellen Corona-Pandemie findet die Sitzung in Hybrid statt. Der Beirat stimmt der Sitzung als Hybridformat inkl. Live-Stream zu.

Der Vorsitzende bedankt sich beim Bürgerhaus Gemeinschaftszentrum Obervieland für den technischen Support der Beiratssitzung, der es ermöglicht, die heutige Sitzung im Internet zu „streamen“.

Die ordnungsmäßige Ladung und die Beschlussfähigkeit werden einvernehmlich festgestellt.

Die Redezeit ist auf 2 Minuten begrenzt (ausgenommen Referent:innen).

Ergänzung zur Tagesordnung: Behandlung von Bauakten in einem nicht öffentlichen Teil.

Tagesordnung:

- TOP 1 Anfragen, Wünsche und Anregungen aus der Bevölkerung
- TOP 2 Umstrukturierungen und Zukunft des Klinikums Links der Weser
- TOP 3 Impfstation im Bremer Süden
- TOP 4 Baustelleninformation; Straßenbahnverlängerung, Straßen- und Leitungsbaumaßnahmen
- TOP 5 Verschiedenes

TOP 1 Anfragen, Wünsche und Anregungen aus der Bevölkerung

Der Vorsitzende informiert über eingegangene Anträge von Bürger:innen aus dem Stadtteil zu den Themen a) Überprüfung einer sicheren Querung über die Huchtinger Heerstraße im Bereich Mittelshuchtinger Dorfstraße und b) Einrichtung von verkehrsberuhigenden Maßnahmen in der Straße Harriersand. Beide Anträge werden im zuständigen Fachausschuss Verkehr behandelt werden.

Darüber hinaus liegt dem Ortsamt eine umfassende Eingabe einer Bürgerin zum Thema Stadtsauberkeit im Stadtteil vor. Der Vorsitzende berichtet, dass das Ortsamt stetig mit der Gewoba, Polizei und dem Ordnungsamt im Austausch steht und an einer Lösung zur Verbesserung der Situation arbeitet.

Das Thema wird im Fachausschuss Bau, Stadtentwicklung, Wirtschaft, Umwelt- und Klimaschutz weiter behandelt werden.

Darüber hinaus wird über abgestellte Fahrzeuge ohne Zulassung informiert, verdächtige Personen, die Briefkästen inspizieren und auf Grünbewuchs an den Hauptstraßen im Stadtteil hingewiesen. Die Hinweise werden an die Polizei bzw. an das Amt für Straßen und Verkehr weitergegeben.

Ein Bürger teilt mit, dass die Rotphasen der Lichtsignalanlagen im Bereich Kirchhuchtinger Landstraße/Willakedamm sowie in Höhe Werner-Lampe-Straße regelmäßig missachtet und überfahren werden. Er bittet um Einrichtung eines feststehenden Blitzers, der „Rotsünder“ sanktioniert. Der Hinweis wird im zuständigen Fachausschuss Verkehr behandelt werden.

Der Vorsitzende teilt mit, dass die Ampelschaltzeiten für den Fuß- und Radverkehr an den genannten Ampelanlagen unbefriedigend sind. Die Thematik wurde bereits mit dem Amt für Straßen und Verkehr kommuniziert. Das Ortsamt wird sich noch einmal mit der zuständigen Stelle in Verbindung setzen und auf die Problematik hinweisen.

Der Bürger berichtet, dass im Park Links der Weser keine Müllbehälter zur Verfügung stehen.

Der Vorsitzende teilt mit, dass das Thema im Zuständigkeitsbereich des Parkvereins liegt. Arbeit und Ökologie e.V. ist mit der Reinigung der Parkflächen beauftragt. Der Parkverein hat diese Lösung gewählt, weil die Erfahrung gezeigt hat, dass der Müll nicht in Müllbehältern gelandet ist.

Ein Bürger berichtet, dass im Zuge der Erschließung des Neubaugebietes im Achterkampsweg eine Temposchwelle in der Hermannsburg entfernt und nach Bauende nicht wiederhergestellt wurde. In diesem Zusammenhang wurden auch Parkplätze auf dem Seitenstreifen entfernt.

Das Ortsamt wird den Hinweis mit der Bitte um Überprüfung und Wiederherstellung der Anlagen an das ASV weitergeben.

TOP 2 Umstrukturierungen und Zukunft des Klinikums Links der Weser

Das Klinikum Links der Weser (KLdW) ist ein wichtiger Baustein für die medizinische Versorgung im Bremer Süden. Der Beirat befasst sich heute erneut (1. Befassung am 24.07.2021) mit den geplanten Umstrukturierungsmaßnahmen am Klinikum Links der Weser (KLdW) und Bremen-Mitte (KBM). Die Geburtshilfe und die Neonatologie des KBM wurden im Jahr 2012, als Folge des Keimausbruchs auf der neonatologischen Intensivstation geschlossen und an das KLdW verlagert. Aufsichtsrat und Senat haben die Wiedereröffnung mit einer zusätzlichen geburtshilflichen Abteilung im Eltern-Kind-Zentrum (EIKi) am KBM

beschlossen. Erreicht werden soll das Ziel durch eine räumliche Zusammenführung der Geburtshilfe, der Gynäkologie und Neonatologie des KLdW am KBM.

Der Beirat plädiert dafür, dass die geburtshilfliche und gynäkologische Versorgung am KLdW erhalten bleibt. Er lehnt eine Zusammenführung der geburtshilflichen Abteilungen am KBM ab.

Nach der Befassung am 24.07.21 soll nun über neue Erkenntnisse hinsichtlich der Verlagerung von Abteilungen berichtet werden. Im Interesse des Beirates steht die Frage, welche Auswirkungen sich für den Standort und die Beschäftigten ergeben werden.

Die Senatorin für Gesundheit, Frauen und Verbraucherschutz, die Vorsitzende der Gesundheit Nord (Geno) sowie Vertreter der Krankenhausdirektion des Klinikums Links der Weser sind geladen, um über die aktuellen Entwicklungen zu berichten.

Frau Bernhard teilt mit, dass die Geno seit Jahren vor einer akuten Sanierungsherausforderung steht. Die ursprünglichen Planungen sahen vor, dass nach Fertigstellung des Elki am KBM, die Neonatologie wieder an den Standort KLdW zurückzieht. Zwischenzeitlich hat sich herausgestellt, dass eine gleichzeitige personelle Ausstattung der Gynäkologie und Geburtshilfe des KLdW und ElKi nicht möglich ist. Daraufhin ist der Entschluss entstanden, die gesamte Geburtshilfe am KBM zusammenzuziehen. Ein ausschlaggebender Grund sind die guten baulichen Rahmenbedingungen, die sich durch den Neubau am KBM, u.a. mit zusätzlichen Kreißsälen, ergeben. Sie berichtet weiter, dass die Investitions Herausforderungen für die städtischen Krankenhäuser in den vergangenen Jahren nicht weniger geworden sind. Ein Großteil der Krankenhausinvestitionen sind über die nächsten zwei Jahre durch den Bremen-Fonds (34,5 Millionen Euro pro Jahr) und Investitionsmittel aus dem Landeshaushalt (38 Millionen Euro pro Jahr) abgesichert. Diese Mittel sind jedoch für alle Bremer Krankenhäuser vorgesehen. Die Verteilung der Investitionen wird mit allen Beteiligten abgestimmt und im Landeskrankenhausplan verankert. Umstrukturierungen stehen nicht nur am KLdW an. In diesem Abstimmungsprozess werden keine spezifischen Entscheidungen für das KLdW gefasst, sondern es geht hierbei um die Gesundheitsversorgung für Bremen insgesamt.

Der Vorsitzende teilt mit, dass das KLdW von essentieller Bedeutung für den Bremer Süden ist. Für den Beirat ist eine Aussage zum Fortbestehen des KLdW von elementarer Bedeutung. Die Klinik darf sich nicht auf eine Spezial-Herzklinik verkleinern. Es sollte ein breites bedarfsgerechtes medizinisches Angebot vorgehalten werden.

Aus dem Beirat wird um Information gebeten, warum die Investitionsleitungen des Klinikums in den vergangenen Jahren zurückgegangen sind.

Frau Bernhard teilt mit, dass sich der tatsächliche Investitionsbedarf für alle Bremer Krankenhäuser auf rund 80 Millionen Euro pro Jahr summiert. Dieser Wert wurde immer unterlaufen und nie erreicht. Der Investitionsstau ist kein bremisches Problem. Über den Bremen-Fonds sind notwendige Investitionen über die kommenden zwei Jahre abgesichert. Die Mittel reichen jedoch nicht aus, um den vorhandenen Investitionsstau aufzuholen.

Der Vorsitzende weist darauf hin, dass die Stadtteile Huchting und Obervieland aufgrund ihrer solitären Lage nur über bestimmte Wege zu erreichen sind. Beispielsweise führen Sperrungen auf den Hauptverkehrsachsen (A281 und B75) immer wieder dazu, dass sich die Anbindung der Stadtteile verschlechtern kann. Darüber hinaus verzeichnet Huchting stetig wachsende Geburtenraten und eine Erhöhung des Versorgungsbedarfs im Bereich Geburtshilfe und Gynäkologie. Ein Abzug des Versorgungsangebotes am KLdW führt gleichzeitig zu einer Verschlechterung der Versorgungssituation der Bürger:innen im Bremer Süden. Es stellt sich die Frage, ob diese Besonderheiten bei den Umstrukturierungen berücksichtigt wurden.

Frau Bernhard informiert, dass der seit Jahren anhaltende Fachkräftemangel dazu führt, dass nur ein Standort mit einer ausreichenden Anzahl von Hebammen bestückt werden kann. Möglicherweise werden die ersten Absolvent:innen des Bachelor-Studienganges Hebammenkunde an der Hochschule Bremen im Jahr 24/25 die Versorgungslage entspannen.

Frau Dr. Dreizehnter berichtet darüber, dass die zu betreuende Patient:innenanzahl pro Pflegekraft stetig gestiegen ist, da mehr Fachkräfte auf Krankenhäuser bzw. stationäre Einrichtungen verteilt werden müssen. Es können nicht beliebig viele Geburtshilfen nebeneinander herlaufen, sondern die Einheiten müssen zu jeder Zeit (24/7) eine ausreichend hohe Personalausstattung gewährleisten, um geltende Qualitäts- und Sicherheitsanforderungen einzuhalten. Um das verfügbare Personal optimal einzusetzen, sind räumliche Kapazitäten bestmöglich zu nutzen und optimale Abteilungsgrößen zu schaffen. Aus diesem Grund ist die Zusammenführung der Neonatologie, Geburtshilfe und Gynäkologie am KBM jetzt umzusetzen.

Herr Rüßmann weist darauf hin, dass die beschlossenen Umstrukturierungsmaßnahmen auf dem Grundgedanken basieren, die Kinderversorgung am Standort Bremen-Mitte im Elki zu konzentrieren und eine Komplettversorgung inklusive Neonatologie anzubieten. Die Neonatenversorgung erfordert eine höchstqualifizierte Geburtshilfe. Nur eine Kompetenzbündelung an einem Standort, die in der Lage ist, „kritische“ Kleinstkinder aller Altersgruppen an einem Ort zu versorgen, kann eben nur diese Qualitätsanforderungen gewährleisten. Im Hinblick auf die angespannte Fachkräftesituation, insbesondere bei den Hebammen, ist eine Parallelstruktur der geburtshilflichen Versorgung an zwei Standorten nicht möglich. Angesichts der gesamten Herausforderung, die der Geno im Hinblick auf die Sanierungsaufgaben und Zusammenführung von Fachbereichen unterliegt, wurde der Aufsichtsratsbeschluss gefasst. Das hat zur Folge, dass jetzt Vorbereitungen anlaufen, die komplette Zusammenführung der Frauenheilkunde inklusive Geburtshilfe am KBM zu organisieren.

Herr Fabian bedankt sich für die solidarische Unterstützung aus dem Stadtteil Huchting. Die Zukunft des KLdW wird zeitnah in einem neu geschaffenen Gremium diskutiert werden (Runder Tisch). Die Mitglieder dieses Gremiums werden sich mit den Fragen der Beiräte Obervieland und Huchting befassen. Ressortvertreter:innen haben ebenfalls ihre Teilnahme zugesagt.

Er weist darauf hin, dass die Zusammenführung der geburtshilflichen Abteilungen an der personellen Infrastruktur des KBM scheitern könnte, weil diese schlichtweg nicht ausreichend vorhanden ist. Darüber hinaus wirft er der Geno vor, notwendige Investitionen am KLdW, insbesondere in ein neues Bettenhaus (Investitionsvolumen rund 180 Millionen Euro), nicht vorantreibt. Ihm fehlt in diesem Zusammenhang die notwendig gebotene Eile und Kreativität der Geno, um den Standort in eine gesunde Zukunft zu führen. Dem Betriebsrat ist bisher nichts vorgestellt worden. Sinnvoll wäre es, in einem transparenten Verfahren darzustellen, wie es weitergehen soll. Derzeit kann er nur ein intransparentes Verfahren attestiert werden. Es ist zu hoffen, dass der „Runde Tisch“ lösungsorientiert voranschreitet.

Aus dem Beirat wird mitgeteilt, dass der Standort KLdW nicht infrage gestellt werden darf. Vielmehr sind die Verantwortlichen aufgerufen, eine Standortzusage auszusprechen. Positiv ist, dass die Krankenhausinvestitionen über die nächsten zwei Jahre gesichert sind. Weitere Finanzierungswege wären zu begrüßen. Unklar ist, ob Kooperationen mit den Nachbargemeinden möglich sind. Eine wohnortnahe Versorgung für den Bremer Süden ist dringend aufrechtzuerhalten. Es ist auch zu diskutieren, ob die medizinische Versorgung durch Polikliniken (ambulante Versorgung von Patient:innen) gesichert werden kann.

Frau Dr. Dreizehnter stellt dar, dass die Zentrumslösung beschlossen ist und nun umgesetzt wird. Sie möchte noch einmal für diese Lösung werben, denn die Bündelung der geburts-hilflichen Abteilungen in enger räumlicher Nähe kann von der normalen Geburt bis zur Hochrisikogeburt alles abbilden. Ein weiterer Vorteil: auch das Thema Frauengesundheit kann unter einem Dach fokussiert behandelt und versorgt werden. Die Kompetenzbündelung ist ein hochmodernes Konzept, bei der Kinderheilkunde, Kinderchirurgie unter dem Aspekt von medizinischer Qualität gesichert wird.

Frau Bernhard äußert sich zu der Zukunft der Krankenhausversorgung: Diese wird sich in den nächsten Jahren verändern müssen. Zu überlegen ist, stationäre Einrichtungen (die alles können), durch ambulante Einrichtungen (Poliklinik, Gesundheitszentrum) zu ersetzen und neue Versorgungsstrukturen zu etablieren. Angesichts des zunehmenden „Praxensterbens“ werden anderen Strukturen notwendig werden. Sie teilt weiter mit, dass hinsichtlich der Kooperationen mit Nachbargemeinden kein Ergebnis in Sicht ist.

Aus dem Beirat wird mitgeteilt, dass der Wunsch darin besteht, den Standort Links der Weser medizinisch hervorzuheben und zu unterstützen. Ziel ist eine Bestandszusage. Vor dem Hintergrund des Praxensterbens ist es umso wichtiger, das KLdW zu stärken und zu erhalten.

Ein Beiratsmitglied teilt mit, dass die Zukunft der Palliativstation ebenfalls unklar ist. Diese Abteilung wird von freiwilligen und ehrenamtlich engagierten Menschen getragen. Abgänge und Verlagerungen werden aus den Reihen des Beirates befürchtet. Gefordert wird, Gespräche aufzunehmen und die Verlagerungen der Abteilungen abzuwenden, um die medizinische Versorgung aufrechtzuerhalten.

Frau Dr. Dreizehnter informiert, dass die Zukunft der Palliativstation in der Gesundheitsdeputation diskutiert wurde. Diese ist übereingekommen, dass diese wichtige Abteilung nicht vergessen werden darf. Vorstellbar ist, dass der Bereich als neue Station an einem neuen Standort aufgebaut werden könnte, wo es auch vom medizinischen Spektrum noch besser passen würde. Es gibt dazu noch keine Konzeption. Sie bittet um Verständnis, dass Gespräche und Konzepte abzuwarten sind. Es geht auf keinen Fall um eine Minderwertung der Palliativmedizin. Es müssen die besten Konzepte für die Schwerstkranken sein.

Via Facebook teilen Bürger:innen ebenfalls ihren Unmut über die geplanten Umstrukturierungen mit. Es wird mitgeteilt, dass sich die Situation der Hebammen durch unattraktive Arbeits- und Entlohnungsmodelle verschlechtert hat.

Auf die Frage aus dem Beirat, wie es für das Personal am KLdW weitergeht teilt Frau Dr. Dreizehnter mit, dass die Sorgen des Beirates nachvollziehbar sind, aber die Aufgabe der Geno ist es, mit der Krankenhausleitung zu überlegen, welche Konzepte in Zeiten des Fachkräftemangels umsetzbar sind. Das Kompetenzzentrum am KBM ist kein B-Plan, sondern ein sehr sinnvolles Konzept. In anderen Städten werden ähnliche Konzepte implementiert, alles unter einem Dach zusammenzuführen. Die aktuellen Planungen wurden in vielen Diskussionen mit allen Beteiligten (auch mit Hebammen) abgestimmt.

Herr Rüßmann teilt mit, dass das Elki am KBM das größte Zentrum in Norddeutschland ist. Es ist zu erwarten, dass auch entsprechend viele externe Bewerbungen von Pflegekräften eingehen werden.

Herr Fabian wirft der Geno vor, diese habe das KLdW mit den Umstrukturierungsmaßnahmen destabilisiert. Die Beteiligten sind einem großen Druck ausgesetzt. Besser wäre es gewesen, vorab zu ermitteln, ob das Projekt im Hinblick auf die personellen Ressourcen

erfolgreich umgesetzt werden kann. Selbst wenn alle Pflegekräfte des KLdW an das KBM wechseln, ist eine erfolgreiche Zusammenführung noch nicht klar. Er bittet die Verantwortlichen, möglichst schnell Klarheit zu schaffen und das KLdW aus der Destabilität herauszuführen. Das Klinikpersonal braucht eine Zukunftsperspektive.

Aus dem Beirat wird mitgeteilt, dass die Fragen nach einer Bestandsgarantie des Klinikums und der Gedanke einer ambulanten medizinischen Versorgung in Huchting noch nicht beantwortet wurden. Darüber hinaus liegen dem Beirat Informationen vor, dass nicht alle Hebammen an das KBM wechseln möchten.

Frau Dr. Dreizehnter informiert, dass in einer frühen Planungsphase Gespräche mit Hebammen geführt worden sind. Diese haben sich eher zurückhaltend zu dem Thema geäußert. Die Gespräche sind wiederaufzunehmen.

Im Hinblick auf eine Bestandsgarantie zur Zukunft des KLdW teilt sie mit, dass dafür weitergehende Gespräche mit allen Beteiligten notwendig sind. Der Umzug der Neonatologie geht nur zusammen mit der Geburtshilfe. Die finanzielle Situation der Geno ist nicht gut. Diese ist auf eine breite Unterstützung angewiesen.

Aus dem Beirat wird angemerkt, dass der Eindruck entsteht, dass die defizitären Bereiche sukzessive abgezogen werden, um die Gesamtbilanz besser darzustellen. Die Frage ist, ob das Potenzial von Patient:innen aus dem Umland nicht verloren geht, wenn die geburtshilflichen Abteilungen an das KBM abwandern.

Frau Dr. Dreizehnter teilt mit, dass die Geburtshilfe kein Bereich ist, mit dem ein Krankenhaus Geld verdient. Die Verlagerung der geburtshilflichen Abteilungen ist keine Verlagerung der rentablen Bereiche.

Frau Bernhard teilt mit, dass Investitionsentscheidungen in Abstimmung mit dem Gesamtsenat getroffen werden. Das Gesundheitsressort entscheidet hier nicht alleine, sondern im Austausch mit Finanzen und Haushältern. Sie regt an, den Gedanken von ambulanten Strukturen im Bremer Süden weiter zu diskutieren (Polikliniken, Geburtshaus, Hebammenzentrum).

Der Vorsitzende teilt mit, dass Beirat und Ortsamt großes Interesse daran haben, in die Gespräche des Runden Tisches bzw. weiteren Planungen eingebunden zu werden. Einzelne Punkte sind noch einmal detaillierter zu erörtern.

Nach ausführlicher Diskussion fasst der Beirat folgenden

Beschluss:

Der Beirat Huchting fordert die Senatorin für Gesundheit, Verbraucherschutz und Frauen auf,

- 1. die essentielle Bedeutung des Klinikums Links der Weser (LDW) für die medizinische Versorgung insbesondere im Bremer Süden und im Bremer Umland sowie der hervorragenden, medizinischen Leistungen anzuerkennen,**
- 2. den dauerhaften Bestand des Klinikums Links der Weser (LDW) zuzusichern - Bestandszusicherung,**
- 3. gemeinsam mit dem Senator für Finanzen ein Zukunftskonzept für das LDW unter Einbindung des Personals und der Personalvertretung im Rahmen des Runden Tisches zur Zukunft des LDW zu entwickeln, welches neben der Bestandszusicherung die Bereitstellung von Haushaltsmitteln (alternativ anderweitige Finanzierung prüfen) und Durchführung Investitionsmaßnahmen wie**

- den zwingend erforderlichen Neubau des Bettenhauses, Personalakquise, Attraktivierung der Arbeitsbedingungen, familien- und lebensphasengerechte Personalpolitik (Stichwort „Vereinbarkeit von Familie und Beruf“) beinhaltet,**
- 4. den Beirat Huchting an dem Runden Tisch zur Zukunft des LDW zu beteiligen,**
 - 5. die finanzielle Beteiligung der niedersächsischen Seite einzufordern und zu verhandeln,**
 - 6. ein Moratorium für die geplanten Verlagerungen Neonatologie, Frauenklinik, Geburtshilfe einzuräumen,**
 - 7. die umfassende und transparente Überprüfung und Analyse der Versorgungssituation in Bezug auf bereits erfolgte und geplante Strukturveränderungen wie Verlagerungen oder Verkleinerungen von Fachabteilungen, hier insbesondere unter Berücksichtigung der gestiegenen Bedarfe angesichts hoher Geburtenraten und Gewährleistung der allseits für notwendig erachteten Stadtteilversorgung, zu veranlassen,**
 - 8. die Prüfung eines ambulanten Geburtshauses am LDW zu vorzunehmen und die Ergebnisse beim Runden Tisch zur Zukunft des LDW zu erörtern,**
 - 9. die Unfallchirurgie am LDW zu erhalten,**
 - 10. die Fachabteilung Palliativmedizin am LDW erhalten,**
 - 11. keine Fachabteilungen wie die Allgemeine Chirurgie oder die Allgemeine Innere Medizin angesichts der hohen Bedarfe und zur Sicherstellung der medizinischen Versorgung im Bremer Süden zu verlagern oder zu verkleinern,**
 - 12. kein medizinisches Fachpersonal in die senatorische Behörde bzw. ins Gesundheitsamt zu verlagern (Umsteuerungsprogramm – Klinikpersonal in den öffentlichen Dienst, s. Artikel Weser Kurier vom 01.10.2021: Personalabbau bei Bremer Klinikkonzern)!**
 - 13. das LDW nicht zu privatisieren oder zu veräußern – das LDW muss kommunale Klinik bleiben!**

Begründung:

Der Beirat Huchting ist über die durchgeführten und weitere im Raum stehende Strukturveränderungen beim Klinikum Links der Weser (LDW) äußerst besorgt! Bezüglich der in der Sitzung vom Beirat Huchting eingeforderten Bestandszusage für das LDW sah sich weder Frau Bernhard als zuständige Senatorin noch von Frau Dr. Dreizehnter als Vorsitzende der GENO-Geschäftsführung veranlasst oder in der Lage, eine solche abzugeben. Dieser Umstand unterstreicht, dass die Sorge des Beirates Huchting um die Zukunft des LDW wohl leider berechtigt scheint.

Das LDW ist jedoch zur Sicherstellung der medizinischen Versorgung im Bremer Süden und im Bremischen Umland unverzichtbar. Immerhin leben allein im Bremer Süden über 127.000 Menschen bzw. über 22% der bremischen Bevölkerung. Außerdem zählen große Bereiche des niedersächsischen Umlands insbesondere die Landkreise Diepholz, Verden zum Versorgungsgebiet des LDW. Damit umfasst der Einzugsbereich des LDW über 180.000 Menschen.

Unter Berücksichtigung der Lage und der grundsätzlich schlechten Erreichbarkeit von Stadtteilen und Quartieren sowie der jetzt schon sehr angespannten verkehrlichen Situation im Bremer Süden, welche durch bereits laufende und zahlreiche, in den kommenden Jahren noch folgende Großbaustellen wie die Straßenbahnverlängerung, Straßenbau, Erneuerung/Ausbau des Fernwärmenetzes, umfangreiche Kanalbaumaßnahmen, diverse Brückenersatzneubauten B75, Sanierung der B75 Fahrtrichtung stadtauswärts etc. noch

forciert wird, ist das LDW für die Sicherstellung der medizinischen Versorgung im Bremer Süden absolut unentbehrlich.

Das Rotkreuzkrankenhaus in der Neustadt verfügt im Übrigen nicht über die notwendigen Abteilungen, um diese Funktion zu übernehmen.

Ein Verweis oder Umsteuern auf andere Kliniken im Umland wie Delmenhorst, Oldenburg, Rotenburg oder gar das Abweisen von Patientinnen und Patienten stellt keine Option dar und ist deshalb völlig inakzeptabel. Zum einen scheidet eine solche Lösung aufgrund der Entfernungen aus. Außerdem droht bei einem solchen Umsteuern der Verlust der Wertschöpfung und damit ein erheblicher volkswirtschaftlicher Schaden für Bremen sowie der Verlust von Fachkräften, was angesichts des aktuell vorherrschenden Fachkräftemangels im medizinischen bzw. pflegerischen Bereich für Bremen fatal wäre.

In diesem Zusammenhang muss hinterfragt werden, welche Rolle bei der Krankenhausplanung der Gesundheit Nord deren Beratungsfirma WMC Healthcare spielt. Deren Geschäftsführer soll in engem Kontakt mit der Geschäftsführung der Delme-Klinik Delmenhorst stehen. Die Interessenlagen dürften aufgrund der Konkurrenzsituation keineswegs kompatibel sein. Hat man hier den „Bock zum Gärtner gemacht“?

Die Verlagerung der Kinderklinik vom LDW zum Klinikum Bremen-Mitte (KBM) ist inzwischen erfolgt. Die Versorgungssituation und der laufende Betrieb muss nun dringend überprüft und analysiert werden, um Aufschluss über die Wirkung, den Erfolg und die Probleme der Verlagerung zu erlangen. Dem Beirat Huchting ist bekannt, dass das Personal nicht 1:1 gewechselt ist bzw. wechseln wird. Der bereits vor Verlagerung bestehende Personalbedarf und die strukturellen Probleme am KBM dürften damit noch größer geworden sein. Mit schlichten Verlagerungen schafft man zudem keine zusätzlichen, neuen Kapazitäten. Insofern erscheinen die in der Beiratssitzung kommunizierten Kapazitätserweiterungen durch die Verlagerung äußerst zweifelhaft! Das Gegenteil erscheint wesentlich wahrscheinlicher. Die Auswirkungen der Verlagerung der Kinderklinik an das KBM gilt es zeitnah zu überprüfen und transparent beim Runden Tisch zur Zukunft des LDW darzulegen. Bevor weitere Verlagerungen vom LDW an das KBM umgesetzt werden, wie bspw. die Geburtshilfe, Neonatologie oder die Gynäkologie, ist ein Moratorium sowie eine umfassende und transparente Prüfung und Analyse unbedingt erforderlich! Es drohen ansonsten weitere erhebliche Probleme.

Angesichts der hohen Geburtenzahlen und Bedarfe muss die Versorgung auch im Bremer Süden sichergestellt werden. Die Delme-Klinik Delmenhorst und auch das KBM sowie das Krankenhaus St. Joseph-Stift liegen für den Bremer Süden zu weit entfernt.

Im Übrigen muss man feststellen, dass das KBM und das Krankenhaus St. Joseph-Stift relativ nah beieinanderliegen und fast identische bzw. stark überlappende Einzugsgebiete haben. Unter dem Aspekt der gleichwertigen, gesamtstädtischen Versorgung gesehen ist die Konzentration von medizinischen Fachabteilungen wie die Geburtshilfe an zwei benachbarten Standorten in Zentrumsnähe zu Lasten der linken Weserseite nicht sachgerecht und vor allem nicht bedarfsgerecht!

Statt mit einer Verlagerung eine funktionierende Abteilung am LDW zu zerschlagen und damit Kapazitäten in der Bremischen Geburtshilfe sogar zu reduzieren, wie gesagt wird das Personal nicht 1:1 mitgehen, wäre der Ausbau der stationären Geburtshilfe in Bremen – mit dem LDW - notwendig. Eine Wiedereröffnung der Geburtshilfe am Klinikum Bremen-Mitte darf nicht zu einer Verschlechterung der geburtshilflichen Versorgung im Bremer Süden führen. Die Bremische Geburtshilfe arbeitet jetzt schon personell und räumlich am Rande der Belastungsgrenze.

Das Klinikum Links der Weser darf nicht auf eine Herzklinik reduziert und als bestes Pferd im Stall der Gesundheit Nord zugunsten des KBM geopfert werden!

Abstimmungsergebnis:

16 Ja-Stimmen (einstimmig).

TOP 3 Impfstation im Bremer Süden

Das Impfzentrum in Huchting wird nicht weiter fortgeführt. Gleichzeitig sollen aber drei Impfstationen im Stadtgebiet (Nord, Ost und West) entstehen. Kritisiert wird, dass der Bremer Süden auch hier nicht berücksichtigt wurde. Gleichwohl war die Impfkaktion mit dem Impfmobil ein voller Erfolg. Der Beirat bittet um Information, wie es zu der Aufteilung der Impfstationen gekommen ist und warum der Bremer Süden nicht vertreten ist.

Frau Bernhard teilt mit, dass mit der Schließung des Impfzentrums in der Halle 7 zum 22.10.2021 überlegt wurde, wie die fehlenden Kapazitäten aufgefangen werden können. Geplant ist, die Impfangebote in die niedergelassenen Bereiche zu übergeben. Auffrischungsimpfungen werden nun teilweise in stationären Anlaufstellen organisiert. Angebote in Nord und West sind geplant. Für den Bremer Osten steht noch keine Planung fest. Sie plädiert dafür, im Bremer Süden auch ein stationäres Angebot zu schaffen (z.B. in Habenhausen). Der Bremer Süden wurde nicht gezielt ausgeklammert. Ortsamt und Beirat werden über neue Sachstände informiert.

Der Vorsitzende begrüßt, dass Angebote für den Bremer Süden geprüft werden. Der Beirat möchte frühzeitig in die Planung einbezogen werden. Es wird darauf hingewiesen, dass Corona-Schutzimpfungen einen Beitrag im Kampf gegen das Coronavirus leisten.

TOP 4 Baustelleninformation; Straßenbahnverlängerung, Straßen- und Leitungsbaumaßnahmen

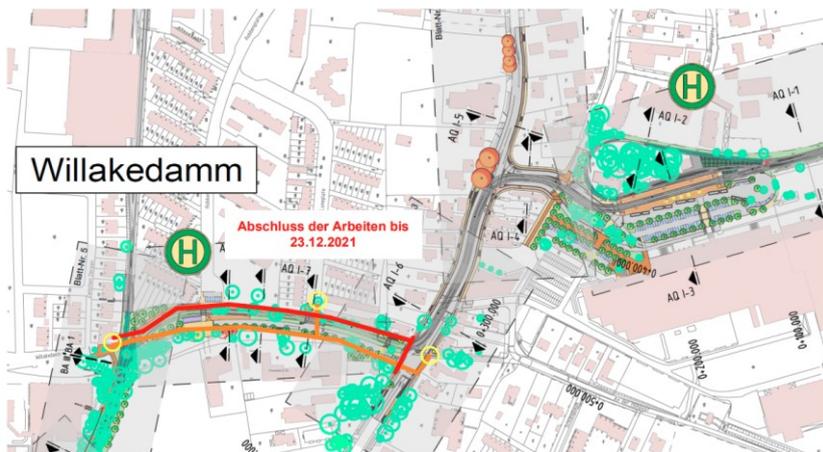
Der Beirat hatte im Vorfeld der Sitzung um Mitteilung aktueller Sachstände zu den Themen Straßenbahnverlängerung, Straßen- und Leitungsbaumaßnahmen gebeten.

Die CTB-Vertreter teilen mit, dass aktuell Maßnahmen des Leitungsbaus (Einbau von Fernwärmeleitungen) durch Wesernetz umgesetzt werden. Nach Abschluss der Gewerke können die Hauptbauleistungen (Straßenbau und Gleisverlegungen) beginnen.

Herr Krusch erläutert die einzelnen Bauabschnitte anhand von Planskizzen (Anlage):

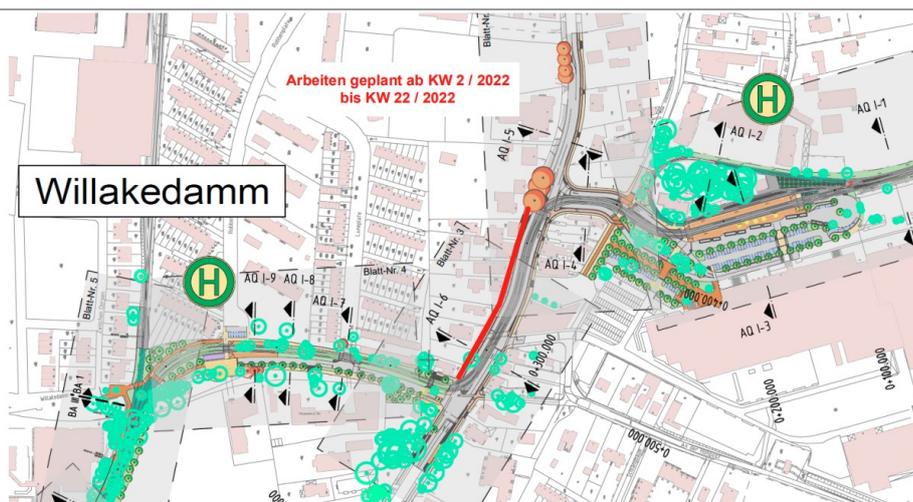
Sperrungen im Willakedamm

Die Straße Willakedamm wird aufgrund der Verlegung von Fernwärmeleitungen abschnittsweise gesperrt. Die Arbeiten im Kreuzungsbereich Kirchhuchtinger Landstraße/Willakedamm werden keinen Einfluss auf den Individualverkehr in der Kirchhuchtinger Landstraße haben. Die Bautätigkeiten werden bis Weihnachten fertiggestellt. Das Weihnachtsgeschäft ist von den Maßnahmen nicht betroffen.



Sperrungen in der Kirchhuchtinger Landstraße zwischen An der Höhpost bis Werner-Lampe-Straße

Die Kirchhuchtinger Landstraße wird aufgrund der Verlegung von Fernwärmeleitungen abschnittsweise halbseitig gesperrt. Die Maßnahmen wurden in das nächste Jahr verschoben und haben keine Auswirkungen auf das Weihnachtsgeschäft. Geplant ist, die vorhandenen Versorgungsleitungen an den neuen Straßenverlauf im Zuge der Straßenbahnverlängerung anzupassen. Die Maßnahme wird voraussichtlich ein halbes Jahr andauern.



Sperrungen in der Kirchhuchtinger Landstraße in Höhe Böses Park

Die Kirchhuchtinger Landstraße wird aufgrund der Verlegung von Fernwärmeleitungen abschnittsweise in Höhe Böses Park gesperrt werden. Beginn: Mitte 2022. Grund: Anbindung der neu geplanten Schule an das Fernwärmenetz. Ende der Maßnahme: 3. Quartal 2022.



Aus dem Beirat wird um Information gebeten, warum die Arbeiten in der geplanten Länge andauern werden.

Herr Krusch teilt mit, dass die zu ersetzenden Hochdruckleitungen nur außerhalb der Heizperiode außer Betrieb genommen und anschließend umgebunden bzw. angeschlossen werden können. Anwohner:innen werden rechtzeitig informiert. Die Zufahrten zu den Grundstücken werden aufrechterhalten.

Aus dem Beirat wird kritisiert, dass die Sperrungen der Kirchhuchtinger Landstraße im Bereich Böses Park erst jetzt bekannt geworden sind.

Herr Krusch informiert, dass Wesernetz gemäß Wegenutzungsvertrag aufgefordert wurde, die Leitung zu erneuern.

Aus dem Beirat wird um Information gebeten, ob benachbarte Gebäude durch die im Zuge von Verdichtungsarbeiten entstehenden Erschütterungen in ihrer Statik beschädigt werden könnten.

Herr Krusch teilt mit, dass Verdichtungen mit kleinen Baggern erfolgen werden. Erschütterung durch die Verdichtungsgeräte stellen keine Probleme dar.

Ein Beiratsmitglied bittet darum, dass die Haltestelle Willakedamm auch während der geplanten Sperrungen von den Buslinien 57 und 58 angefahren werden können. Andernfalls ist für Ersatzhaltestellen zu sorgen.

Herr Krusch wird die Erreichbarkeiten der Haltestellen klären und dem Beirat berichten.

Der Vorsitzende bittet darum, eine Übersicht der Baupläne und Bauzeitenpläne zu übersenden. Außerdem ist die Erreichbarkeit des Roland-Centers während der Sperrungen für den ÖPNV und Kundenverkehre sicherzustellen.

Beirat und Ortsamt sind überrascht, dass so viele einschränkende Maßnahmen geplant sind. Es wird um Prüfung gebeten, anstehende Einschränkungen zu reduzieren, indem Maßnahmen zusammengefasst werden.

Herr Meyer (CTB) teilt mit, dass bei der Art der Sperrung (Teil- oder Vollsperrung) arbeitschutzrechtliche Bestimmungen (Arbeitsräume) zu beachten sind. Bei den Planungen wurde bereits bedacht, Einschränkungen auf ein Minimum zu reduzieren.

Herr Schwebke stellt die Arbeit im Info-Point dar und berichtet über verschiedenen Bürgeranliegen. Bis jetzt haben sich 135 Besucher:innen über den Bauablauf informiert.

Herr Meyer (CTB) informiert über die anstehenden Hauptbauleistungen: Ab Januar 22 beginnen die Hauptbaumaßnahmen im Bereich der Heinrich-Plett-Allee (Brücke B75) und im Bereich der Wendeanlagen am Roland-Center.

Die CTB-Vertreter kündigen an, dass der Beirat über genaue Bauzeitenpläne in der Beiratssitzung im November informiert wird.

Aus dem Beirat wird darum gebeten, die Ampelschaltungen (z.B. im Bereich Harriersand) an die baustellenbedingten Umleitungsverkehre anzupassen.

Herr Krusch wird den Punkt mit dem Amt für Straßen und Verkehr abstimmen.

Sperrungen auf der B75

Frau Gerber berichtet, dass die Autobahn GmbH Grundsanierungen auf der B75 (zwischen Grolland und Delmenhorst) durchführen möchte. Die Arbeiten sollen zeitgleich zu den Hauptbauleistungen zur Straßenbahnverlängerung der Linie 1 stattfinden. Die Baustellenkoordination hat die Autobahn GmbH (Niederlassung Nordwest, zuständig für den Abschnitt B75 und A1 in Bremen) informiert, dass beide Maßnahmen nicht zusammen funktionieren werden und die beantragten Sanierungen abgelehnt. In Arbeitsgesprächen werden nun Lösungen erarbeitet. Erwartet wird, dass es zu einer zeitlichen Verschiebung der Maßnahme kommt und eine bessere Eintaktung der baulichen Maßnahmen erreicht wird.

Ziel der Baustellenkoordination ist es, Umleitungsstrecken und Erreichbarkeiten der Stadtteile sicherstellen und zeitliche Überschneidungen der Baustellen in Umleitungsstrecken zu vermeiden.

Der Beirat bittet darum, das Thema im November im Verkehrsausschuss zu behandeln.

Die Baustellenkoordination wird den Beirat über neue Sachstände informieren.

TOP 5 Verschiedenes

Wird aufgrund der fortgeschrittenen Uhrzeit vertagt.

Ende der Sitzung um 22:19 Uhr.

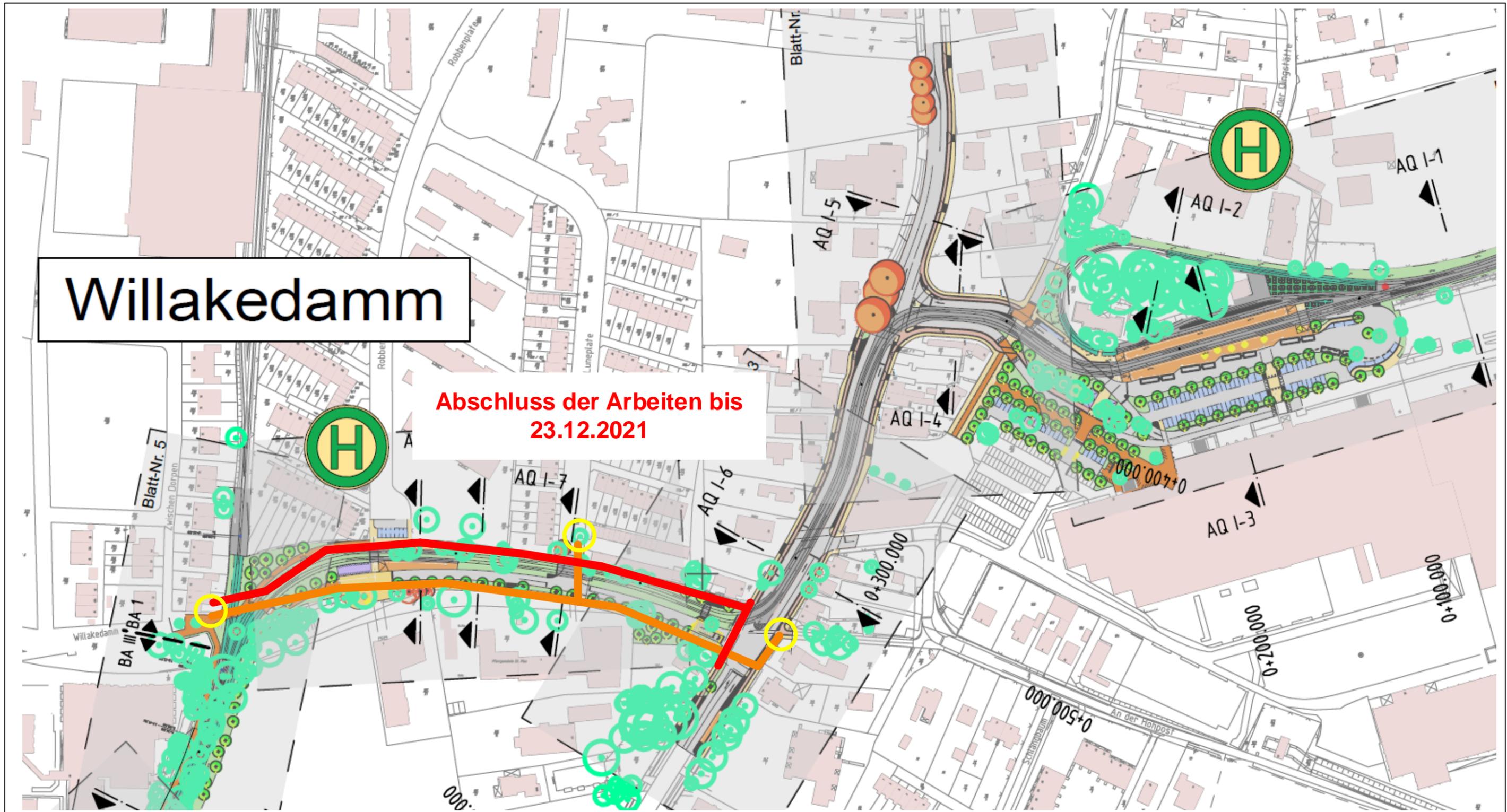
gez.
Herr Bries
(Beiratssprecher)

gez.
Herr Schlesselmann
(Sitzungsleiter)

gez.
Herr Eggers
(Protokoll)

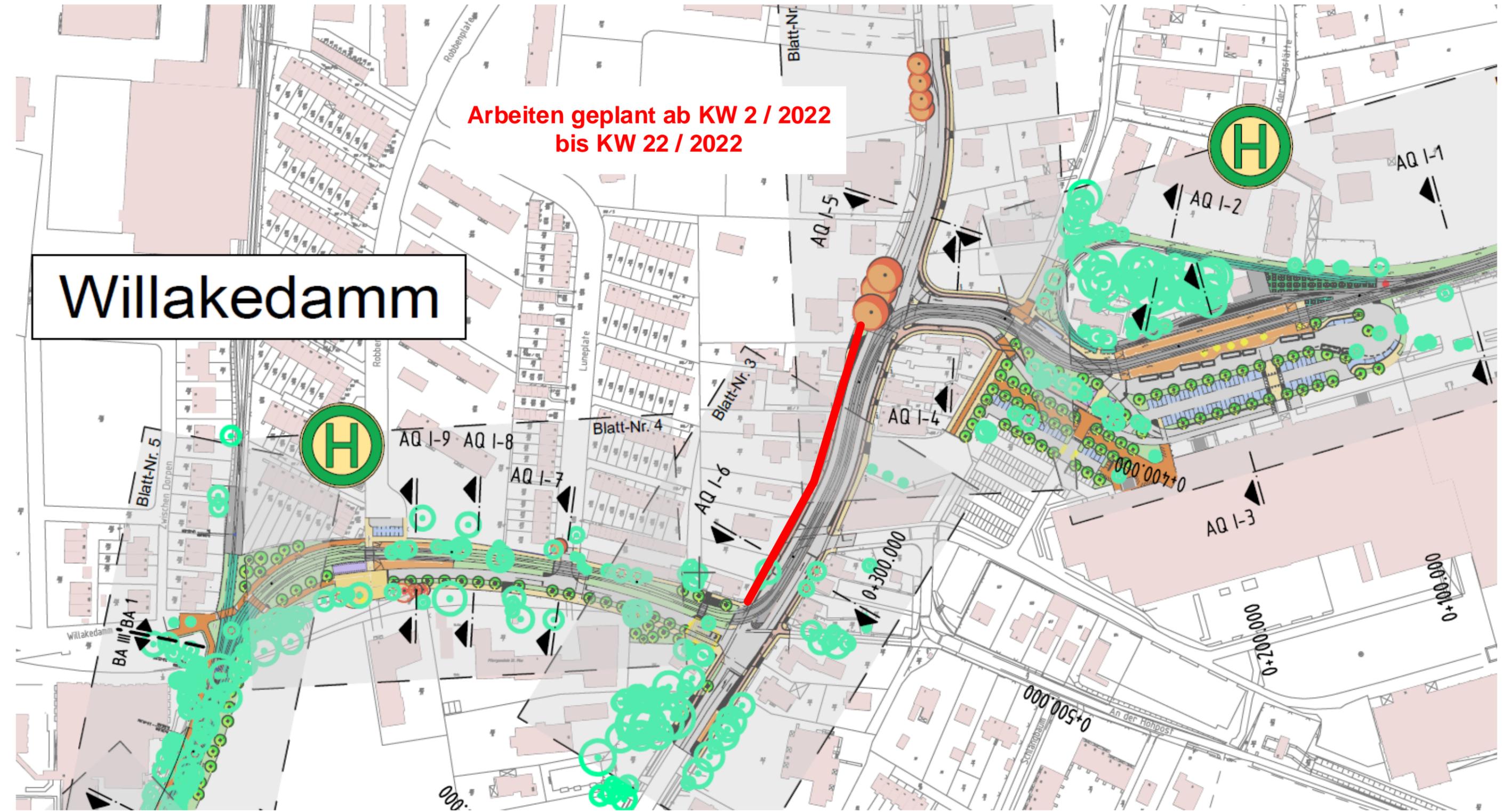
Willakedamm

Abschluss der Arbeiten bis
23.12.2021



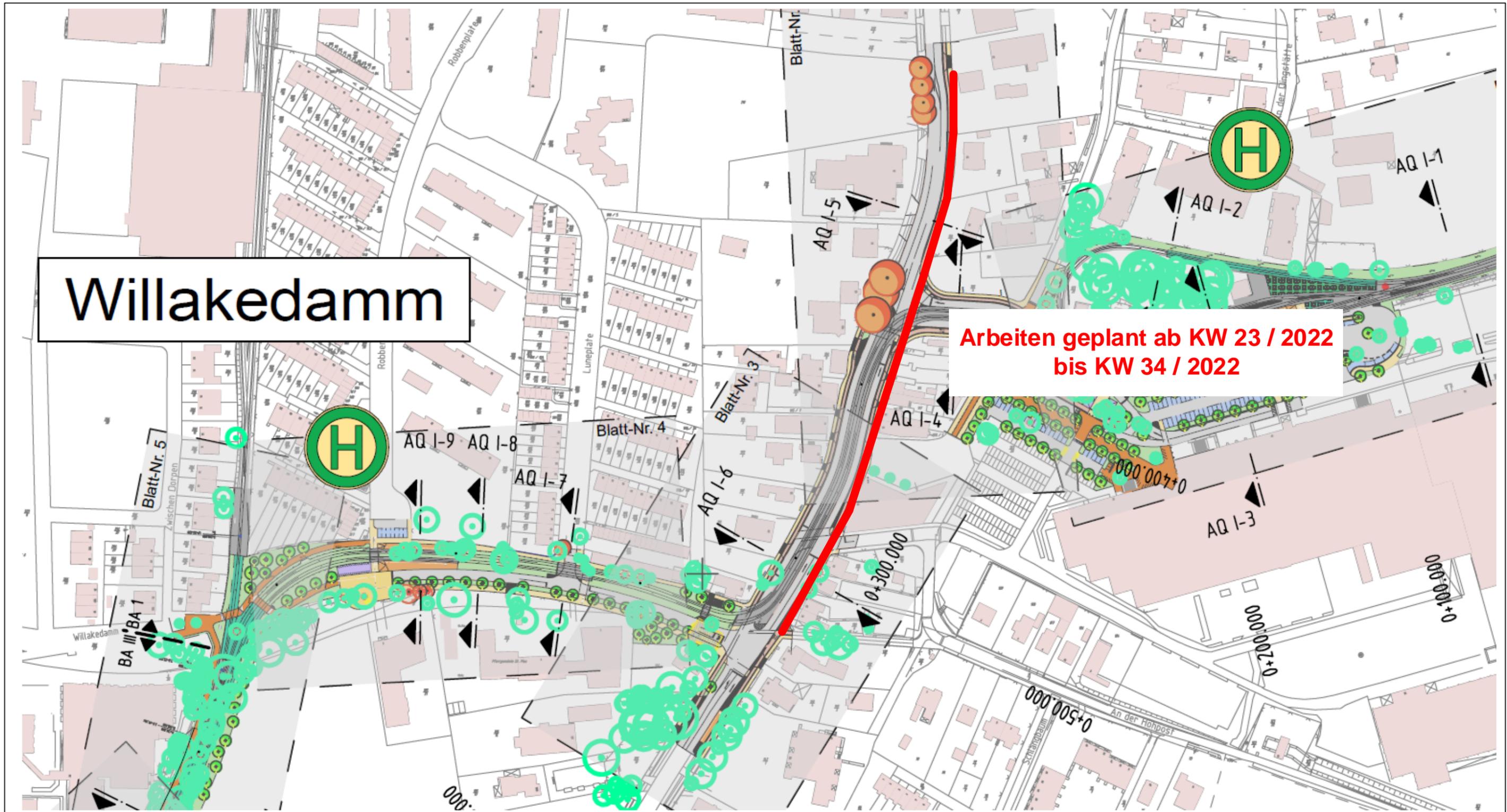
Arbeiten geplant ab KW 2 / 2022
bis KW 22 / 2022

Willakedamm



Willakedamm

Arbeiten geplant ab KW 23 / 2022
bis KW 34 / 2022

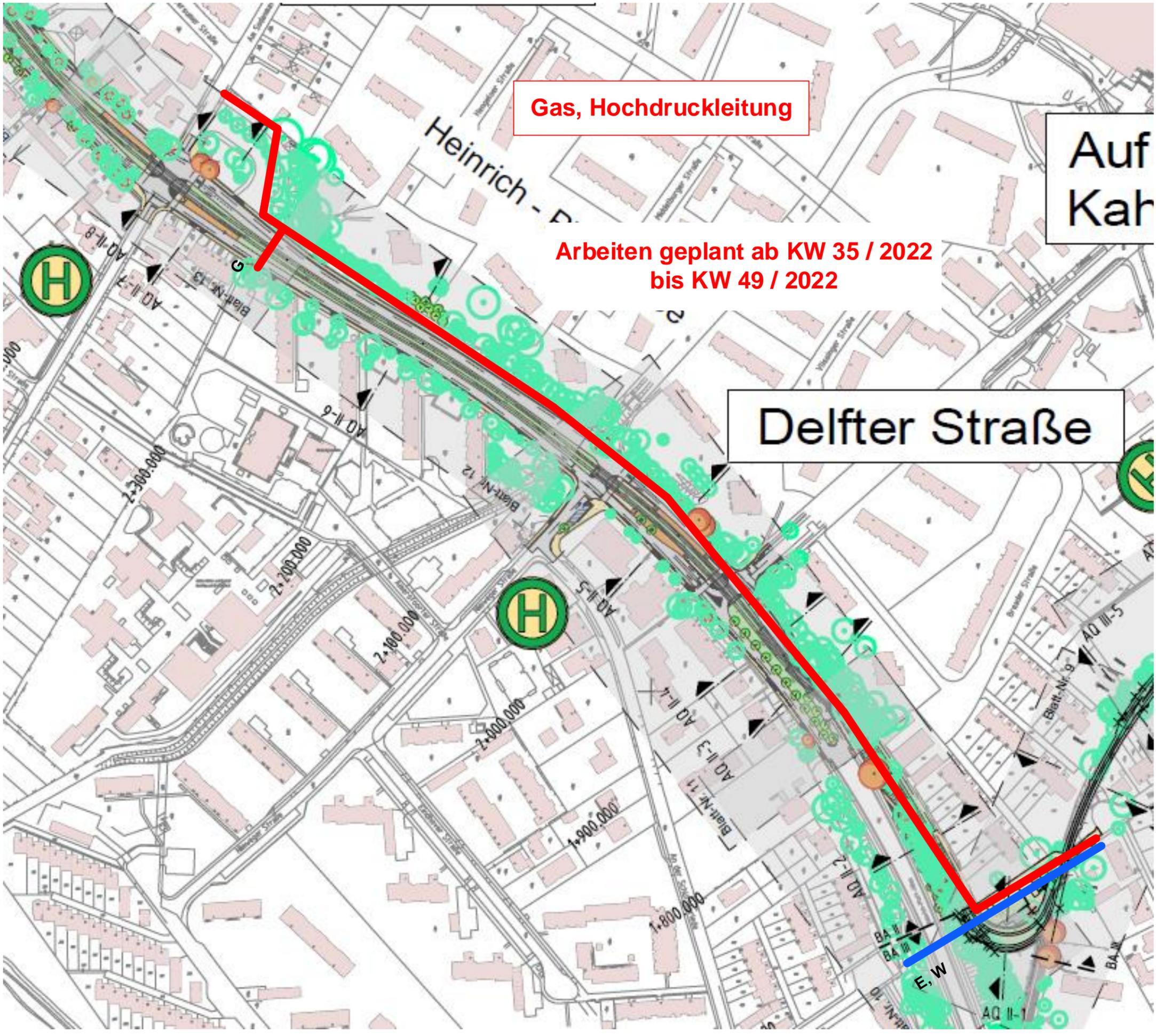


Gas, Hochdruckleitung

Auf
Kah

Arbeiten geplant ab KW 35 / 2022
bis KW 49 / 2022

Delfter Straße



1 Woche zzgl. Chlorung
und Einbindung

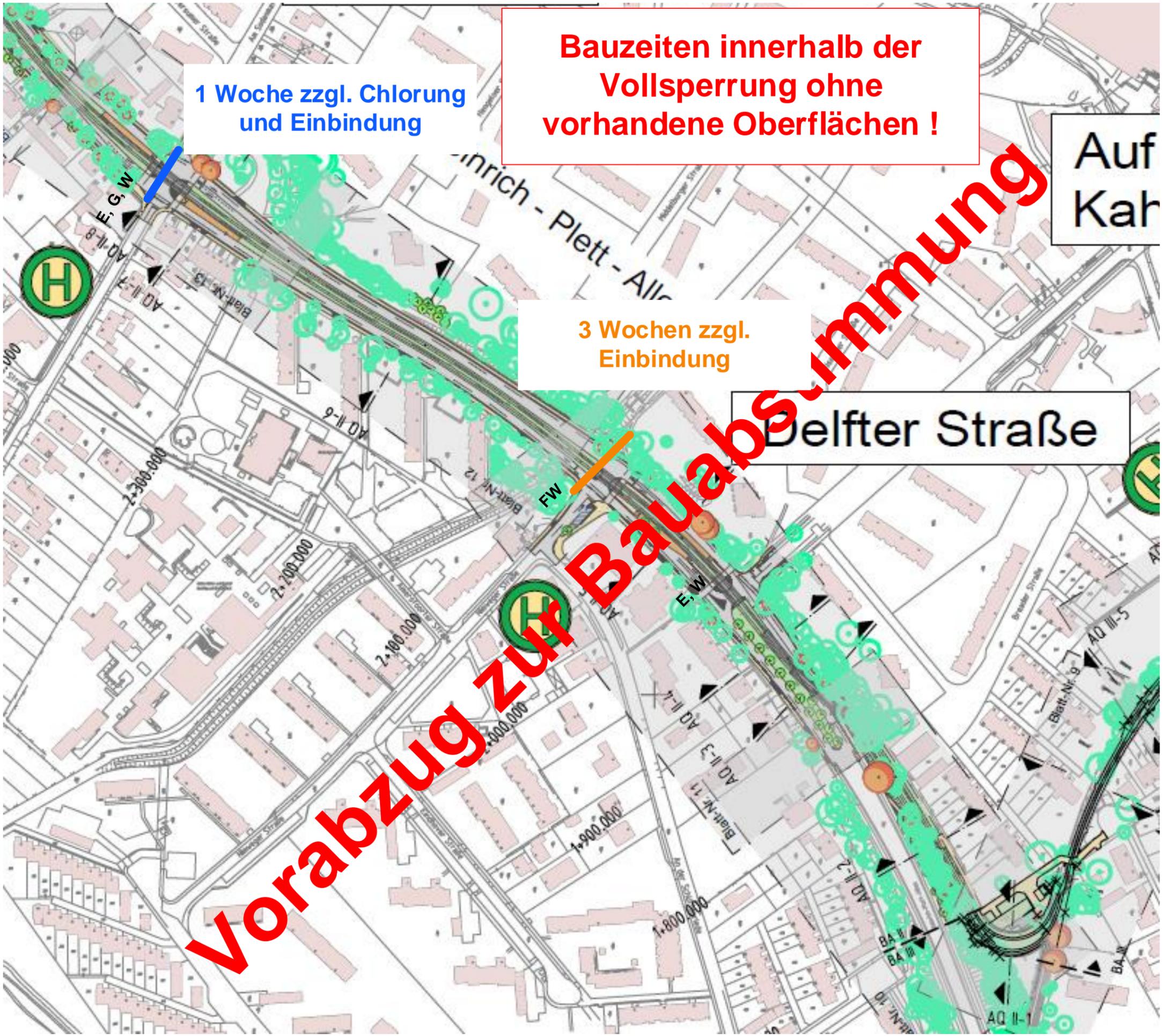
Bauzeiten innerhalb der
Vollsperrung ohne
vorhandene Oberflächen !

3 Wochen zzgl.
Einbindung

Auf
Kah

Delfter Straße

Vorabzug zur Bauabschlussummung



**Bauzeiten innerhalb der
Vollsperrung ohne
vorhandene Oberflächen !**

Brüsseler Straße

**1 Woche zzgl. Chlorung
und Einbindung**

1 Woche zzgl. Einbindung

**1 Woche zzgl. Chlorung
und Einbindung**

1,5 Wochen zzgl. Einbindung

**1 Woche zzgl. Chlorung
und Einbindung**

**1 Woche zzgl. Chlorung
und Einbindung**

1 Woche zzgl. Einbindung

Flämische Straße

Vorabzug zur Bauabstimmung

